Europäische Wirtschaftswissenschaftler für eine andere Wirtschaftspolitik in Europa

- EuroMemo Gruppe -

Die Zukunft der Europäischen Union: Stagnation und Polarisierung oder eine grundlegende Neuausrichtung?

- EuroMemorandum 2015 -

Zusammenfassung

1. Makroökonomische Maßnahmen und die Alternativen zur Stagnation

Die für 2014 vorausgesagte wirtschaftliche Erholung in Europa ist nicht eingetreten. Stattdessen ist Europa mit düsteren Aussichten konfrontiert: lang anhaltendes geringes Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit und bestenfalls ein minimaler Anstieg der Realeinkommen. Obwohl die Wirtschaftsleistung in den meisten Länder nicht mehr weiter sank, bleibt sie in den südlichen und vielen östlichen Mitgliedsländern deutlich unter dem Niveau von 2008. Trotz der Forderungen einiger Regierungen für größere Budgetflexibilität, bestehen die europäischen Behörden darauf, dass an der stark restriktiven Politik festgehalten wird. Anstelle der Besessenheit, ausgeglichene Haushalte zu erzielen, sollte eine koordinierte, expansive Fiskalpolitik rücken, die sich darauf konzentriert, Beschäftigung und umweltfreundliche Investitionen zu fördern und den Attacken auf die Sozialausgaben sollte ein Ende bereitet werden.

Die Einheitswährung muss durch eine effektive Fiskalpolitik auf EU-Ebene ergänzt werden, die in der Lage ist, Abschwünge auf EU-, nationaler und regionaler Ebene abzufedern und einen effektiven Finanztransfer zwischen reicheren und ärmeren Regionen gewährleisten kann. Dies sollte auf einem stark progressiven Steuersystem basieren und durch die Einführung eines europaweiten Systems der Arbeitslosenversicherung ergänzt werden. Eine Steuer auf alle Finanztransaktionen sollte eingeführt werden und der Körperschaftssteuersatz sollte EU-weit einheitlich sein, da sich Staaten zur Anziehung von Investitionen gegenseitig mit immer niedrigeren Steuersätzen unterbieten. Gleichzeitig müssen offshore-Finanzzentren grundsätzlich verboten werden, um internationale Steuerumgehung zu vermeiden.

Zwar sind die Leistungsbilanzdefizite zurückgegangen, doch ist dies auf eine Deflationspolitik zurückzuführen, die die Importe der Defizitländer reduziert hat. In der Zukunft müssen sowohl Überschussländer, indem sie ihre Nachfrage ausdehnen, als auch Defizitländer, indem sie in ihre Exportindustrien investieren, Verantwortung für den Abbau von Leistungsbilanzungleichgewichten übernehmen. Die regional- und strukturpolitischen Maßnahmen der EU sollten gestärkt und ausgeweitet, insbesondere durch ein umfangreiches öffentliches und privates Investitionsprogramm für Defizitländer und andere Staaten mit geringem Einkommensniveau, das durch die Europäische Investitionsbank finanziert wird.

2. Das Finanzsystem und die Eurokrise

Laut dem aktuellen EZB Bericht über die Struktur des Bankensektors haben sich die Vermögenswerte im Finanzsektor der Eurozone in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt. Die 2013 angehäufte Summe von 57 Billionen € entspricht fast dem Sechsfachen des BIP der Eurozone. Darüber hinaus ist das Schattenbankensystem – ein Netzwerk von Finanzunternehmen, die außerhalb des regulären Bankensystems und über verschiedene Rechtssysteme hinweg agieren – schneller gewachsen als die

restlichen Sektoren. Trotz einer Reihe von Reformen seit 2009, gab es im Finanzsystem der EU keine grundlegenden Veränderungen. Es besteht weiterhin aus großen 'too big to fail' ('zu groß um zu scheitern') Institutionen und basiert auf Universalbanken, die gleichzeitig Geschäfts- und Investmentbanken sind. Banken und andere Finanzinstitute des europäischen Finanzsystems sind in hohem Maße fremdfinanziert und Schattenbanken spielen als Finanzintermediäre eine immer größere Rolle.

Der Bankensektor sollte radikal transformiert werden, indem kleinere Institutionen geschaffen werden, die sich auf Basis klar definierter und allgemein gültiger Regeln auf bestimmte Bereiche der Finanzdienstleistungen spezialisieren. Ein effektiver politischer Kurs ist im Hinblick auf das europäische Schattenbanksystem und die offshore-Finanzzentren notwendig. Solange offshore-Zentren für Finanzinstitutionen Zufluchtsorte zur Umgehung von Regulierungen und Steuern sind, stellen sie ein paralleles Marktumfeld dar. Um den Teufelskreis zwischen Bankensanierung und Staatsverschuldung zu überwinden, ist ein Mechanismus notwendig, der die Schuldenfrage auf Eurozonen-Ebene angeht. Um in der Eurozone einen Schritt in Richtung Schuldenbewältigung zu machen, sollte eine Konferenz der EU-Mitgliedsländer einberufen werden. Die schlecht durchdachte Währungsunion, die Deregulierung der Finanzmärkte und die ineffektiven Reformen des Finanzsystems haben zu den aktuellen Problemen beigetragen, deren Kosten zu großen Teilen die Bevölkerung der EU trägt.

3. Industriepolitik und die Umgestaltung der Wirtschaft

Europa kann nach der Krise nicht einfach zu den Produktionsformen der Vergangenheit zurückkehren. Weite Bereiche der Produktion wurden ohnehin während der anhaltenden Stagnation verloren. Ein neuer Kurs in Richtung ökologisch nachhaltiger und sozial integrativer Entwicklung ist notwendig und die Politik wird eine entscheidende Rolle in seiner Gestaltung einnehmen. Die neue europäische Industriepolitik sollte sich auf die Bereiche Umwelt und Energie, Wissen, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Gesundheit und Soziales konzentrieren. Alle diese Bereiche sind durch arbeitsintensive Produktionsprozesse charakterisiert und erfordern mittlere und hohe Kompetenzen; sie haben demnach das Potential, 'gute' Jobs anzubieten. Für die Förderung dieser Bereiche sollten die Tätigkeiten im öffentlichen Sektor, darunter öffentliche Forschung und Entwicklung und der Umweltschutz, sowie neue öffentlich angeregte, regulierte private Initiativen ausgebaut werden, wodurch die Entstehung neuer dynamischer Märkte unterstützt wird. Die Maßnahmen sollten sich auf eine nachhaltige Entwicklung von lokalen Wirtschaftsstrukturen und die Entstehung von neuen öffentlichen, non-profit- und genossenschaftlichen Aktivitäten konzentrieren.

Während die EU-Strukturfonds und die Europäische Investitionsbank eine Rolle in der Finanzierung dieser Bemühungen spielen könnten, erfordert die Realisation einer europäischen Industriepolitik eine neue Europäische Öffentliche Investitionsbank oder −behörde und ähnliche Institutionen in allen Mitgliedsstaaten. Die europäische Institution sollte dem Europäischen Parlament gegenüber verantwortlich sein und über ein Budget aus europaweiten Ressourcen verfügen. Finanzmittel sollten in Höhe von etwa 2% des EU-BIP über einen Zeitraum von zehn Jahren bereitgestellt werden oder jährlich etwa 260 Milliarden € betragen. Solch ein Budget könnte auf verschiedene Weisen finanziert werden, unter anderem durch die Emission von Eurobonds oder indem sich die neue Europäische Öffentliche Investitionsbank Geld direkt von der EZB leihen und die EZB den entsprechenden Behörden direkt Finanzmittel für die Industriepolitik bereitstellen könnte. Diese Maßnahmen würden einen zentralen Beitrag dazu leisten, die Stagnation in Europa zu beenden und würden gleichzeitig Investitionen − öffentliche und private − in Richtung eines neuen Models der nachhaltigen Entwicklung lenken.

4. Sozialpolitik und Ungleichheitsbekämpfung

Die Daten, die von der Europäischen Kommission selbst erhoben wurden, sind ein unbestreitbarer Beweis für die soziale Not, die durch die Spar- und Kürzungsmaßnahmen entstanden ist. Diese haben Millionen Europäer in die Armut getrieben, während die jungen Menschen der EU der Massenarbeitslosigkeit überlassen worden sind. Da wachsende Ungleichheiten ein zentrales politisches Thema

werden, fokussiert sich das sozialpolitische Kapitel des diesjährigen EuroMemorandums auf Ungleichheit. Daten der Luxembourg Income Survey zeigen deutlich einen langfristigen Anstieg der Ungleichheit quer durch die EU. Dies kann zum einen auf eine sinkende Lohnquote und zum anderen auf steigende Ungleichheiten im Lohneinkommen selbst zurückgeführt werden. Es ist ebenfalls notwendig, die Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsländern zu betrachten, die durch die Spar- und Kürzungsmaßnahmen und die Konzentration von Investitionen auf Deutschland und einige seiner Nachbarländer drastisch verschärft worden sind.

Geschlechterungleichheiten sind durch die Spar- und Kürzungsmaßnahmen ebenfalls gestiegen. Obwohl Männer zu Beginn der Rezession am stärksten von steigender Arbeitslosigkeit betroffen waren, haben anschließende Kürzungen im öffentlichen Sektor besonders schwere Auswirkungen auf die Beschäftigung und Arbeitsbedingungen von Frauen gehabt. Auch Kürzungen und Streichungen öffentlicher Dienstleistungen, darunter Kinderbetreuung und Einrichtungen für ältere Menschen, hatten unverhältnismäßige Auswirkungen auf Frauen. Sowohl die extrem negativen Konsequenzen der Spar- und Kürzungsmaßnahmen als auch die wachsenden Ungleichheitern erfordern ein umfassendes soziales Investitionsprogramm. Ein effektives Programm benötigt jedoch deutlich mehr Haushaltsmittel und muss in eine nachhaltige Entwicklungsstrategie mit einer ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Dimension eingebunden werden.

5. Internationale Handels- und Investitionspolitik – Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft

In den letzten Jahren hat die EU eine Vielzahl bilateraler Handelsabkommen ausgehandelt. Dies wurde Anfang 2013 durch die Ankündigung, dass sich die EU und die USA auf Verhandlungen über ein bilaterales Freihandelsabkommen, die sogenannte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP), geeinigt haben, 'getoppt'. Das vorgeschlagene Abkommen zielt jedoch nicht in erster Linie auf die Reduzierung der wenigen verbliebenen Zölle zwischen den beiden größten Handelsblöcken der Weltwirtschaft ab; zentrales Anliegen ist der Abbau und/ oder die Harmonisierung von Regulierungen in Bereichen wie Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Produkt- und technische Standards, Finanzdienstleistungen, Schutz des geistigen Eigentums und öffentliches Auftragswesen. Investitionsliberalisierung und der Schutz von Investorenrechten sind weitere zentrale Themen. Atlantiker kündigen TTIP sogar als neue 'wirtschaftliche NATO' an, mit dessen Hilfe die westlichen Mächte den wachsenden Einfluss der aufstrebenden Mächte wie China oder Russland eingrenzen könnten. Auf Basis von ihr in Auftrag gegebenen Studien behauptet die Europäische Kommission, dass das Abkommen Wachstum und Beschäftigung in der EU ankurbeln werde.

Die wirtschaftlichen Argumente für TTIP sind jedoch nicht beindruckend. Einkommenszuwächse wurden auf 0,5% des EU-BIP geschätzt und werden erst schrittweise während eines Umsetzungszeitraumes von zehn Jahren erzielt werden. Steigende Arbeitslosigkeit und Anpassungskosten durch die Handelsliberalisierung werden heruntergespielt oder komplett vernachlässigt. Die in dem Handelsabkommen enthaltenen Deregulierungsvereinbarungen bedrohen das öffentliche Gesundheitswesen, Arbeitsrechte und den Verbraucherschutz. Die vorgeschlagenen Investor-Staat-Schiedsverfahren (investor-to-state-dispute-settlement, ISDS) privilegieren die Rechte von Investoren gegenüber der Autonomie der öffentlichen Politik. TTIP ist nichts weniger als eine frontale Attacke auf die demokratische Entscheidungsfindung in der EU. Derzeit ist es höchst fragwürdig, ob das Abkommen überhaupt wirtschaftliche und soziale Vorteile für die EU-Bürger bringen wird. Der vorherrschende Ansatz zur Gestaltung der Handelspolitik sollte aufgegeben werden und ein fundamentales Umdenken in der EU-Handelspolitik ist notwendig. Dies gilt auch für andere Handelsabkommen, wie das europäischkanadische Freihandelsabkommen CETA, das in seiner gegenwärtigen Form nicht durch das EU Parlament ratifiziert werden sollte.

6. EU-Nachbarschaftspolitik

Die EU-Nachbarschaftspolitik, die auf den postsowjetischen Raum und den Mittelmeerraum gerichtet ist, hat 2013 und 2014 zu dem Konflikt in der Ukraine beigetragen. Die Östliche Partnerschaft konzentrierte sich auf den Abschluss von Assoziierungsabkommen mit den europäischen Nachfolgerstaaten der Sowjetunion, ausgenommen Russland. Diese Assoziierungsabkommen fordern zum einen Freihandel, haben aber auch eine geopolitische Orientierung. Beide Ziele sollen erreicht werden, indem Teile des acquis communautaire der EU in die postsowjetischen Staaten übertragen werden. Die Assoziierungsabkommen richten sich gegen die bestehenden starken wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und seinen Nachbarn und konkurrieren mit der russischen Initiative einer Eurasischen Wirtschaftsunion. In der Ukraine hat die Frage, ob das Land eine engere Verbindung mit der EU oder mit Russland eingehen soll, die Bevölkerung tief gespalten. Als sich die ukrainische Regierung aufgrund der düsteren wirtschaftlichen Lage und des Drucks aus Russland gegen die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens entschied, entfachte dies eine starke Protestwelle im Westen und im Zentrum des Landes und führte zur Absetzung der ukrainischen Regierung. Mit russischer Unterstützung wurde daraufhin die Krim abgespalten und eine militärisch-politische Separatistenbewegung entwickelte sich in der Donbassregion, die besonders starke wirtschaftliche und kulturelle Verknüpfungen mit Russland hat.

Weder die Assoziierungsabkommen mit den postsowjetischen Staaten, noch die Freihandelsabkommen mit den Ländern im Mittelmeerraum berücksichtigen die Entwicklungsasymmetrien der beiden Seiten. Die Handelsliberalisierung wird in den postsowjetischen Staaten und den Ländern im Mittelmeerraum wahrscheinlich zu einer Deindustrialisierung führen, während die Übertragung von Teilen des acquis communautaire gleichzeitig den politischen Spielraum für Industriepolitik drastisch reduziert. Die Asymmetrien zwischen der EU und ihren Nachbarregionen werden demnach voraussichtlich steigen. Eine alternative Ausrichtung der Politik ist daher notwendig. Erstens sollten die 'tief greifenden und umfassenden Freihandelsabkommen' durch Kooperationsvereinbarungen, die für beide Seiten vorteilhaft sind und den politischen Spielraum der Nachbarländer bewahren, ersetzt werden. Zweites spielen Energiethemen in der östlichen Partnerschaft und der Mittelmeerpolitik eine wichtige Rolle. Die EU sollte daher ihre Abhängigkeit von Energieimporten verringern, indem die Energieintensität in der Produktion reduziert wird und erneuerbare Energien gefördert werden. Drittens militarisiert sich die Außenpolitik der EU. Der Konflikt in der Ukraine führte zu engeren Interaktionen zwischen den Strukturen der EU und der NATO. Diese Tendenzen sollten gestoppt und Kapazitäten für friedliche Konfliktlösungen gestärkt werden.

Dieses EuroMemorandum stützt sich auf Diskussionen und Arbeiten, die auf dem 20. Workshop zu einer alternativen Wirtschaftspolitik in Europa vom 25. – 27. September 2014 in Rom präsentiert wurden. Der Workshop wurde von der EuroMemo Gruppe organisiert. Für das vollständige **EuroMemorandum 2015**

Die Zukunft der Europäischen Union: Stagnation und Polarisierung oder eine grundlegende Neuausrichtung?

schreiben Sie eine E-Mail an info@euromemo.eu oder besuchen Sie unsere Webseite:

www.euromemo.eu